



Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Platz der Republik 1

11011 Berlin

☎ 030 227 – 92658

☎ 030 227 – 92654

☎ 030 227 – 92655

✉ dvparl@t-online.de

<http://www.dv-parl.de>

4. Januar 2018

DVParl-Forum

***Kommunikationsstörungen und Demokratiedefizite
Für eine Streitkultur des Verstehen-Wollens***

Mittwoch, den 13. Dezember 2017 in Berlin

Deutscher Bundestag

Gebäude Jakob-Kaiser-Haus

Sitzungssaal 1.228

Begrüßung

Dr. Johann Wadephul, MdB

*Vorsitzender der Deutschen Vereinigung
für Parlamentsfragen e.V.*

Referent

Frank Richter

*Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche,
ehem. Direktor der Sächsischen Landeszentrale für
politische Bildung*

Moderation und Leitung der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

*Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für
Parlamentsfragen e.V.*

Vorsitzende: Dr. Johann Wadephul MdB, CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Stellvertreter: Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter, Universität Passau, Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing a.D.,

Dr. Reinhard Müller, Resorleiter Frankfurter Allgemeine Zeitung; Prof. Dr. Patrick Sensburg MdB, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Schatzmeister: Patrick Döring, ehem. MdB

Beisitzer/Beisitzerinnen: Robert Birnbaum, Reporter, Parlamentsredaktion Der Tagesspiegel; Peter Blum, Direktor des Abgeordnetenhauses von Berlin a.D.;

Dr. Birgit Eberbach-Born, Direktorin beim Thüringer Landtag; Dr. Michael Güntner, Fraktionsdirektor der CDU/CSU Bundestagsfraktion; Christine Lambrecht MdB,

Stv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion; Frank Sobolewski, MDg, Leiter Unterabteilung Parlamentsdienste der Bundestagsverwaltung; Dr. Michael

Schäfer, Fraktionsgeschäftsführer der SPD Bundestagsfraktion; Prof. Dr. Arnd Uhle, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbes. für Staatsrecht, Allgemeine

Staatslehre und Verfassungstheorie an der Universität Leipzig; Wolfgang Wieland, ehem. MdB

Geschäftsführer: Dr. Philipp Austermann, RD

Vorsitzender Dr. Johann Wadephul: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie im Namen des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen sehr herzlich zur letzten Veranstaltung im Jahre 2017 begrüßen und mich denjenigen, die mich nicht kennen, vorstellen: Mein Name ist Johann Wadephul. Ich bin heute als Vorsitzender neu gewählt worden. Gemeinsam mit allen anwesenden Mitgliedern und Vorstandskollegen heiße ich Sie hier sehr herzlich willkommen.

Ich will diese öffentliche Veranstaltung auch zum Anlass nehmen, Eva Högl sehr herzlich für ihre Tätigkeit an der Spitze unserer Vereinigung zu danken. Das ist im Vorstand schon geschehen, aber an dieser Stelle noch einmal: Vielen herzlichen Dank und alles Gute!

Frau Dr. Eva Högl: Danke schön.

(Beifall)

Möge vor allen Dingen die ärgerliche Erkältung bald überwunden sein, damit Sie gesund unter dem Tannenbaum sitzen können.

Wir wollen heute über das Thema Kommunikationsstörungen und Demokratiedefizite – Für eine Streitkultur des Verstehen-Wollens miteinander diskutieren. Dazu wird Frank Richter vortragen. Die Diskussion liegt in den bewährten Händen von Herrn Prof. Heinrich Oberreuter, an den ich jetzt übergeben möchte. Er wird Frank Richter vorstellen und in die Veranstaltung einführen. Ich wünsche uns allen viel Freude an dem Diskussionsabend.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und auch von unserer Seite noch einmal herzlichen Glückwunsch und auf eine gute Kooperation in der nächsten Zeit, die hoffentlich wenigstens so lange währt wie die Amtszeit von Frau Högl.

Jetzt wenden wir uns diesem, wie ich finde, grundstürzenden Thema zu, denn was ist eigentlich die Aufgabe eines Parlaments vor der Regierungsbildung? Es ist die Kommunikation mit den Bürgern, der Brückenschlag zwischen Institution und Volksvertretung und Volksvertretern. Ich wundere mich, dass es Ministerpräsidenten gibt, die bei mäßigen Wahlergebnissen die Frage aufwerfen, wie man denn erklären könne, dass die Wahl so ausgegangen ist, wie sie ausgegangen ist. Denn wenn ein sächsischer Ministerpräsident nicht mehr weiß, warum er die Wahl verliert, dann scheint er mit der

Bevölkerung des Freistaates Sachsen in mäßiger Kommunikation gestanden zu haben. Und damit sind wir mitten in Funktionsproblemen.

Ich begrüße herzlich Herrn Richter. Wir kennen uns seit ewigen Zeiten aus Dresden. Herr Richter war schon in der Umbruchphase – um den verniedlichenden Begriff „Wende“ zu vermeiden – zwischen dem alten Regime und dem neuen ein wesentlicher Kommunikator. Er war Mitgründer oder sogar Hauptgründer der „Gruppe der 20“, die in Dresden aus einer Straßendemonstration entstand, als Bevölkerung von der Vopo umlagert worden und die gespannte Situation dann dadurch aufgebrochen worden ist, dass einer aufstand und sagte: „Lasst uns doch eine Delegation bilden und in vernünftige Gespräche eintreten, um unbeherrschbare Konfrontationen hier zu vermeiden!“ – Das war Herr Richter. Er ist von Hause aus Theologe. Er hat dann später die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen übernommen und ist jetzt Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche.

Als Direktor der Landeszentrale hat er sich ein weiteres wesentliches Verdienst erworben. Er hat nämlich den Pegidisten nahe gelegt, nach einer Demonstration doch einmal zu ihm in die Landeszentrale zu kommen und nicht nur auf der Straße herumzupöbeln und herumzubrüllen, sondern in einer geordneten Weise auf den Tisch zu legen und argumentativ zu vertreten, was einen denn an den politischen Zuständen und an den persönlichen Befindlichkeiten beschwert. Und das war ziemlich erfolgreich, denn einer der Vorwürfe, die die Pegida-Demonstranten und auch die AfD-Menschen ja erheben, ist: Uns will keiner zuhören! – Das hat er organisiert. Diese Organisation ist auch vom damalig amtierenden Parteivorsitzenden der SPD, nämlich Herrn Gabriel, aufgenommen worden, der sich eines Tages – ich sage es einmal – im Kampfanzug, also mit Anorak und mit festem Schuhwerk bekleidet, nach einer solchen Demonstration mit in diesen Saal gesetzt hat, um zuzuhören, und auch den Menschen das Gefühl gegeben hat: Es kommt ein wichtiger Politiker und hört uns zu. – Das war eine sehr vernünftige Reaktion. Unvernünftig war die Reaktion dann vieler anderer, denn in einer Zeitung war zu lesen, Gabriel sei am falschen Ort, in der falschen Öffentlichkeit aufgetreten. - Also ist die Verweigerung von Kommunikation eigentlich als normativ sinnvoll dargestellt worden – von einem Kommunikationsmedium.

Und das Zweite war, dass ein Theologe – also nicht Sie, sondern ein anderer -, der sich in der Umbruchzeit durchaus Verdienste erworben hat, geschrieben hat: Mit Idioten redet man nicht. – Mit dem Honecker-Regime hat er geredet, aber mit den Pegida-Leuten wollte er nicht reden. Die Konsequenz ist: Kaum hatten die das Gefühl, es hört einer zu, kommt der nächste aus dem Establishment und sagt: Ihr seid Idioten! – Meine Damen und Herren, dies ist auch ein Szenarium, das verdeutlicht, warum wir über diese Kommunikationsstörungen reden müssen. Und vieles von dem, was uns im Augenblick in Berlin etwas stört, ist ja auch darauf zurückzuführen, dass diese Kommunikationsstörungen zu bisher nicht gekannten Wahlergebnissen geführt haben, mit bisher auch nicht gekannten Herausforderungen der begrenzten Beschleunigung von Regierungsbildungen und der Schwierigkeiten, Koalitionen zustande zu kriegen bis hin zu der Tatsache, dass selbst unter Politikwissenschaftlern der eine oder andere mittlerweile schreibt, dass das Grundgesetz jetzt endlich erfüllt wird, weil die schwierigen Regelungen, wie man in Krisenzeiten doch zu einer Regierung kommen könnte oder auch nicht, jetzt endlich mal angewendet werden müssen.

Ich kriege bei solchen Argumenten die Krise, weil ich dann konstatieren muss: Es gibt offensichtlich Menschen – gut besoldet, auf Lehrstühlen, die von der Befindlichkeit der Verfassungsgeber, von der Sinnhaftigkeit der Struktur des Grundgesetzes und der Sehnsucht nach Stabilität, die man ja

einerseits durch Recht regeln kann, profitieren wollen, andererseits aber ist diese Sehnsucht nach Stabilität durch ein wirkmächtiges Geheimnis des Parteiensystems erst realisiert worden, dass wir nämlich nach der Weimarer Republik zum allgemeinen Erstaunen ein Parteiensystem herausgebildet haben, in dem die Parteien zur Macht und zur Verantwortung bereit waren - und immer bereit waren, Regierungen zu bilden, und nicht bereit waren, Opfer zu bringen nur gegenüber ihrer eigenen Klientel. Das war ein wesentlicher Unterschied zu Weimar, und am Anfang der Hitlerei steht eigentlich in Weimar das Scheitern der Großen Koalition, auf das die Präsidialkabinette und aus denen heraus dann die Hitlerei entstanden ist.

Das wenigstens wollten wir – Herr Borowy und ich haben kurz darüber gesprochen – im Blick auf die Berliner Ereignisse durchaus einbeziehen, ohne dass wir dazu jetzt aktuell Stellung nehmen. Aber das hat wirklich auch etwas mit der Art und dem Stil und den Inhalten der politischen Kommunikation und auch mit dem Erfolg oder der Erfolglosigkeit zu tun, wichtige verfassungspolitische und verfassungshistorische Grundregeln und Grundsätze zu tradieren und im allgemeinen Gedächtnis zu halten.

Insofern ist es für uns hochinteressant, hier jemanden zu haben, der sich für die funktionierende Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern in problematischen Situationen sowohl in einer anderen historischen Welt als auch in der jetzigen bewährt und Erfahrungen gesammelt und mitgesteuert hat, dass Situationen in gewisser Weise beherrschbar oder wenigstens hoffnungsvoll auf den Weg gebracht worden sind. – Herr Richter.

Frank Richter: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Högl! Sehr geehrter Herr Prof. Oberreuter! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich empfinde es als eine anspruchsvolle Herausforderung und als Anerkennung und Ehre, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Vielen Dank für Ihre freundliche und schon ins Thema einführende Vorstellung, lieber Herr Oberreuter.

Manches, was in Dresden geschieht, ist nicht leicht zu verstehen. Dresden ist aber auch nicht leicht zu erreichen. Ich muss spätestens um 21.05 Uhr diesen Saal verlassen, um zu halbwegs vernünftigen Zeiten wieder in Dresden zu sein. Ich habe morgen vollen Dienst an der Frauenkirche, den ich nicht verschieben konnte. Vereinbar ist Folgendes: dass ich ungefähr 25 Minuten die Gedanken vortrage, die mir wichtig sind, und dann das Gespräch beginnt. Ich freue mich auf Widerspruch und Nachfragen, möglicherweise auch auf Bestätigung.

Aus welcher Perspektive spreche ich zu Ihnen? Vor Ihnen sitzt ja kein Politologe. Vor Ihnen sitzt einer, der sich sein ganzes Leben lang immer irgendwie mit Politik beschäftigt hat, aber nie die theoretische und geistige Durchdringungstiefe erreichen konnte, die Sie möglicherweise von mir erwarten. Da muss ich Sie enttäuschen. Vor Ihnen sitzt ein Theologe, der immer dazu neigt, die Dinge auch geisteswissenschaftlich zu betrachten und manchmal auch die Betrachtung diesbezüglich zu übertreiben – da muss ich mich selbst bremsen. Aber so ist es halt. Das hat mich geprägt: kirchliche und theologische Sozialisation in der DDR, dazu noch katholische, das ist ganz was Seltenes, aber so war es halt mit mir.

Das Zweite: Vor Ihnen sitzt ein Sachse. Auch diesbezüglich bitte ich jetzt um Nachsicht. Ein in der Wolle gefärbter Demokrat, aber eben ein Sachse, einer, der in der DDR geboren und in der DDR aufgewachsen ist, ein widerständiger, gleichwohl ein ostdeutsch Sozialisierter. Je älter ich werde, desto deutlicher wird mir, was das auch bedeutet und dass das eben etwas anderes bedeutet, als in der alten Bundesrepublik sozialisiert zu sein.

Drittens sitzt vor Ihnen einer, der in der Auseinandersetzung, insbesondere der Auseinandersetzung der vergangenen Jahre erfahrungsgesättigt daherkommt, weil er in der Funktion, die er über acht Jahre ausgefüllt hat – Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung -, lieber Herr Prof. Oberreuter, nichts Ungewöhnliches getan hat, sondern das getan hat, was in seiner Tätigkeitsbeschreibung stand: dafür zu sorgen, dass der politische Diskurs in der Gesellschaft offen und kontrovers und gleichwohl natürlich mit den gebotenen Grenzen, aber dann eben auch so offen und kontrovers und auch konsens- und kompromissorientiert – das ist klar – geführt werden kann.

Über manche Schelte musste ich wirklich ein wenig schmunzeln, denn ich konnte sie mit meiner Tätigkeitsbeschreibung konterkarieren. Dass dann in einer solchen Situation – ich komme noch darauf zurück; es geht um das Jahr 2014 im Zusammenhang mit dem Entstehen der sogenannten Pegida; „rechtspopulistische Empörungsbewegung“ mögen wir sie einmal nennen – eine Landeszentrale, die ja sonst nun nicht unbedingt so furchtbar viel auf sich aufmerksam macht, in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt, mag vor allen Dingen damit zusammengehangen haben, dass viele andere, die sich dieser offenen Diskussion auch hätten stellen müssen – und zwar auch von ihrer jeweiligen Profession her -, es offenbar nicht getan haben.

Soweit zu dem, was ich als Person mitbringe, und zu der Perspektive, aus der heraus ich zu Ihnen spreche: Das, was mir ganz wichtig geworden ist, habe ich in zwei Artikeln niedergeschrieben, die publiziert worden sind – darauf darf ich gern verweisen, wenn manches jetzt nicht so druckreif vorgetragen wird. Der eine ist in der APuZ – „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, vor drei Jahren erschienen: „Stadtgespräche. Politische Bildung als Seelsorge?“ – Das ist auch auf verschiedenen Websites abrufbar.

Der Zweite ist vor anderthalb Jahren im „Tagesspiegel“ erschienen: „Streiten für die Demokratie. Zu Risiken, Nebenwirkungen und Grenzen ...“ Dort ist es aus meiner Sicht druckreif formuliert.

Nun zu dem, was ich Ihnen heute Abend gedanklich mitgebracht habe. Ich darf erstens noch einmal kurz an das Jahr 1989 erinnern und an das, was schon gesagt worden ist: Ich lebte damals in Dresden und erlebte die Gesellschaft der zu Ende gehenden DDR, obgleich wir damals ja nicht wussten, dass das die zu Ende gehende DDR sein würde, sondern wir meinten damals – ich glaube, auf beiden Seiten der Mauer -, es sei irgendwie ein ewiger und ein sehr stabiler Zustand.

Ich erlebte eine Gesellschaft, die dringend auf die Wahrnehmung eines dialogischen Prinzips kommen musste, weil alle sogenannten – natürlich falschen – demokratischen Strukturen erstens nicht wahrhaftig, zweitens nicht akzeptiert und drittens nicht geeignet waren, die gesellschaftlich aufgelaufenen Probleme irgendwie zu strukturieren. Vergleiche hinken immer, und ich will mir auch

nicht alle Finger verbrennen, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mich manchmal in der Zeit, in der ich jetzt lebe, gefühlsmäßig in eine Zeit zurückversetzt fühle, die ich schon einmal erlebt habe, wo ich gesagt habe: Hier ist ein dialogisches Prinzip schwer beschädigt, und die demokratischen Prinzipien werden entweder nicht mehr akzeptiert oder sie erscheinen nicht ganz wahrhaftig oder sie sind möglicherweise auch nicht geeignet. - Hinter alle drei Kategorien setze ich auch gleich ein Fragezeichen, wollte Ihnen aber meine Gefühlslage wiedergeben. Die kommt – das geht nicht mir allein so – manchmal ganz eigenartig wieder auf das zurück, was ich schon einmal erlebt habe. Und dann haftet einem das an, wenn man in einer bestimmten Situation, die brandgefährlich war für jemanden, der 29 Jahre alt war, dazu beigetragen hat, aus Gewalttätigkeiten ein Dialog werden zu lassen und damit die erste parlamentarische Gruppe zu organisieren, die die damalige DDR-Staatsmacht offiziell empfangen hat.

Das Zweite geht auf das Jahr 2012 zurück. An dieser Stelle ein kurzer Hinweis: Das, was sich mit dem Begriff Pegida verbindet, ist ein Problem, das lange, bevor Pegida das Licht der Welt erblickte, hätte gesehen werden können und das sich angestaut hat, insbesondere im Osten, insbesondere in Sachsen. Wir haben es – das mag sehr vermessen klingen – im Team der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung schon mindestens zwei Jahre vorher kommen sehen – nicht so kommen sehen, wie es dann gekommen ist, aber in der Substanz bereits in vielen Orten Sachsens gesehen und kommen sehen, dass da eine politische Problemlage aufläuft.

Das Wort „Pegida“ an sich nehme ich ganz und gar ungern in den Mund. Das ist eine Abkürzung, steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“; das kann man nicht aussprechen, also hat man das Kürzel, und wenn man das Kürzel verwendet, bedient man sozusagen die Strategie eines Marketingexperten, dem es gelungen ist, einen Begriff zu kreieren, der in kürzester Zeit in der deutschen Presse, in der europäischen Presse, in der internationalen Presse gebraucht wird. Keiner weiß so richtig, was es ist, und alle nehmen dieses Wort in den Mund. Das mag ich also ungern tun, aber es hat sich leider Gottes eingebürgert.

Ein Nukleus in der Wahrnehmung war eine Großdemonstration mit mehreren tausend Menschen Ende 2013, eine von der NPD angekündigte Großdemonstration in Schneeberg; dort sind 2000 bis 3000 Menschen schon eine große Demonstration. Das war ein Fackelmarsch in den Abendstunden durch die Stadt gegen das dort einzurichtende Asylbewerberheim. Das schöpfte in einer ganz fatalen Weise das gesamte Symbolkapital der ausgehenden Weimarer Zeit ab. Das hatten wir bereits 2013.

Wir sind dann auch im Team der Landeszentrale dorthin gegangen und haben ein Projekt entwickelt, das ich gern nenne, weil es funktioniert hat. Es ist ein Learning-by-doing-Projekt und ist prozessorientiert entstanden: „Kommune im Dialog“, KiD abgekürzt, und hat sozusagen ein Prinzip entwickelt, das anzugehen, was ich dann begrifflich einmal mit dem Begriff „Blockierte Prozesse der politischen Meinungs- und Willensbildung“ zu fassen versucht habe.

Ich behaupte, dass wir vielerorts – für Sachsen bin ich mir da ganz sicher, für den Osten auch noch relativ sicher, für Deutschland dann nicht mehr ganz so sicher - blockierte Prozesse politischer Meinungs- und Willensbildung vorfinden, die einer Auflösung bedürfen. Jedenfalls konnte es mit einer entsprechenden Methodik, die wir uns angeeignet haben, vielerorts gelingen, politische

Akteure, die nicht mehr in der Lage oder auch nicht mehr willens waren, offene Kommunikation zu betreiben, wieder so zusammenzubringen, dass es gelang. Es ist kein Hexenwerk. Und das Entscheidende war – das wird Sie alles nicht wundern – eine glaubhaft professionell und nachhaltig betriebene externe Moderation, die sich sozusagen dem Prinzip der Überparteilichkeit, manchmal auch dem Prinzip der Allparteilichkeit verpflichtet weiß, Regeln bzw. ein Regelwerk einhält, verschiedenste Gruppen zur Sprache bringt. Das klingt fast therapeutisch, aber ich muss es einfach so sagen, wie ich es erlebt habe.

Und ein dritter – historischer – Hinweis: Das Ganze war schon einmal gelungen - und das war für mich eigentlich der Auslöser der Erkenntnis -: im Jahre 2012 in der Landeshauptstadt Dresden, als um den 13. Februar 2011 herum die Stadtgesellschaft aufgrund heftigster gewalttätiger Auseinandersetzungen schockiert war. Dort haben sowohl die Antifa als auch die Rechtsextremisten Gewalt in einer Weise angewendet, dass die Stadtgesellschaft unter Schock stand. „Das hätte Tote geben können“ – ist ein Zitat des Polizeipräsidenten. Und wenig später wurde dieser Schockzustand der Gesellschaft der Stadt Dresden meiner Erinnerung nach – Prof. Ismayr ist hier, er hat es vielleicht auch wahrgenommen – noch durch die massenweise Funkzellenabfrage ergänzt, die die Polizei verursacht hatte und wo jetzt plötzlich die Vorstellung auflief, wir werden am Ende fast schon wie in der DDR beobachtet. Hier werden Daten gesammelt in einer vergleichbaren Art und Weise! Und jetzt galt es darum, die Landeshauptstadt, also die Stadtgesellschaft Dresdens, für das nächste Jahr – der 13. Februar spielt da immer eine ganz entscheidende Rolle – zu befrieden.

Die Aufgabe fiel mir zu, und dort habe ich gelernt, dass verschiedenste politische Gruppierungen, wenn sie ab einer bestimmten Menge am Tisch zusammensitzen, politisch korrekt reden und trotzdem der Eindruck entsteht, dass keiner die Wahrheit sagt. Ich formuliere das einmal so zugespitzt. Wir sollten einen Prozess moderieren mit einer Menge von Menschen am Tisch, die zahlenmäßig ungefähr so groß war wie wir, vielleicht nicht ganz so viel wie im Raum. Alle äußerten sich korrekt, und es blieb der Eindruck: Die wollen und können nicht miteinander. - Es ist nicht wahr. Die Kategorie der Wahrhaftigkeit habe ich mir in diesen Prozessen neu erobert, und ob Sie es glauben oder nicht, wir haben dann – eine Kollegin und ich – in dieser Situation 25 bilaterale Vier- oder Sechs-Augen-Gespräche mit den verschiedensten politischen Gruppierungen geführt. Das waren Fraktionen, das waren Vertretungen der Stadtgesellschaft, das waren die Religionsgemeinschaften, die Kirchen, die Gewerkschaften usw., und in diesen als Moderator geführten Vertrauensgesprächen entstand ein Positionspapier, das dann von allen akzeptiert wurde. Wenn wir dieses extern-moderativ, allparteilich oder überparteilich entwickelte Positionspapier nicht gehabt hätten, wären wir wahrscheinlich nicht zum Ergebnis gekommen und wäre es so nicht gelungen, einen Common Sense in die Stadtgesellschaft hineinzutragen, der dann geeignet war, die Missbräuche am linken und am rechten extremen Rand der Gesellschaft abzuwehren. Das heißt, diese haben wir ja immer, nur wenn die Mitte, die sogenannte Mitte der Gesellschaft – ich nenne es jetzt einmal so – demokratisch nicht zusammenhält, wenn Demokraten nicht mehr in der Lage sind, sich miteinander zu profilieren, sondern nur noch in der Lage sind, sich gegeneinander zu profilieren, dann stärkt das sukzessive die Ränder, und dann kann es auch schwerlich zu einer Befriedung einer schwierigen Stadtgesellschaftssituation führen.

Zur Situation jetzt: Was ich Ihnen jetzt vortrage, hat eher reflektierenden, ein wenig auch strukturierenden, ganz wenig systematisierenden Charakter. Ich diagnostiziere erstens ein Verständnis-, Akzeptanz- und Aneignungsdefizit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in beiden Teilen der sächsischen, der ostdeutschen Gesellschaft, das eben auch ein Verständnisdefizit

ist. Viele Aneignungs- und Akzeptanzprobleme hängen damit zusammen, dass die Abläufe, die Struktur, die Funktionslogik, dass die Ordnung an sich zum Teil gar nicht verstanden wird. Dass wir ein ganz tiefgreifendes Defizit an politischer Bildung haben, bestreitet in Sachsen speziell mittlerweile niemand mehr. Die Akzeptanz- und Aneignungsdefizite dieser Ordnung, der besten Ordnung, die Deutschland in seiner Geschichte je hatte, rühren nicht nur aus mangelndem Verständnis her. Die rühren aus einer ganzen Reihe von anderen Dingen, die man nur additiv verstehen oder nachvollziehen kann. Das würde jetzt sehr weit führen; Sie können mich ja dann auch gern fragen.

Ein Momentum, nicht das entscheidende und vielleicht auch noch nicht einmal das wichtigste – sicherlich nicht das wichtigste, aber ein nicht zu vernachlässigendes –, ist die sogenannte Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft mit westdeutschen Funktionseliten. Die Studie „Wer beherrscht den Osten“ von Olaf Jacobs, an der Uni Leipzig entstanden – er hat dort eine Honorarprofessur und macht auch Filme, der Mitteldeutsche Rundfunk hat seinen Film, den er zur Studie gemacht hat, in drei Teilen gesendet –, sollte man sich einmal anschauen oder die Studie lesen.

Man darf die Erkenntnisse bitte nicht moralisieren und auch nicht personalisieren; das würde in die falsche Richtung gehen. Aber der Sachverhalt, dass 70 bis 80 Prozent der ersten, zweiten und dritten Chefetage in den wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen im Osten Deutschlands aus Westdeutschen bestehen, kann doch nicht ohne Wirkung auf die Aneignung und die Akzeptanz der ostdeutschen Gesellschaft für diese Ordnung bleiben, wenn die Träger dieser Ordnung in einer solchen Menge von anderswoher kommen. Ostdeutscher – das wird Sie natürlich interessieren – ist nach der Studie von Jacobs einer, der bis zum 31.12.1975 in der DDR geboren und dann nicht in die alte Bundesrepublik ausgewandert ist – das heißt, er hatte 15 Jahre, um sich in der DDR zu sozialisieren. Das hat was mit ihm gemacht. Und in diesem Sinne sind halt nur 20 bis 25 Prozent der Ostdeutschen in den Funktionsetagen der ostdeutschen Gesellschaft. Ich bin ja auf die Studie gespannt, die uns belegen wird, wie viele Ostdeutsche in den ersten, zweiten und dritten Chefetagen der westdeutschen Gesellschaft gelandet sind, also der vielen Ostdeutschen, die nach 1990 in den Westen gegangen sind. Ich glaube, es gibt sie noch nicht, oder wenn es sie gibt, sagen Sie es mir!

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Die Bundeskanzlerin?

Frank Richter: Ja, die Bundeskanzlerin, lieber Herr Oberreuter; die Frage hat mir auch Joachim Herrmann bei einer Diskussionsrunde sofort gestellt. Da wäre mir fast herausgerutscht: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer! – Nein, schauen Sie bitte in meine Veröffentlichungen. Es ist ganz schwer, das Thema anzusprechen, weil es sehr schnell moralisiert und personalisiert wird. Aber ich glaube nicht, dass ich es hier verschweigen sollte. Es muss als Sachverhalt zur Sprache gebracht werden.

Ein nächster Punkt: Wir haben erkennbar – Sie haben es gesagt, Herr Prof. Oberreuter – eine politische Dialogverweigerung über viele Monate, Jahre gehabt, gerade in dieser Zeit, in der sich vielerorts ein Problem angestaut hatte, das nicht nur durch Pegida, aber auch durch Pegida deutlich wurde. Es fällt mir schwer, aber ich spitze es im Blick auf die Zitate zu. Der erste war, glaube ich, Ralf Jäger, der Innenminister von NRW, der - am 11.11.2014 - von den Demonstranten in Dresden als

„Nazis in Nadelstreifen“ sprach. Eine Ferndiagnose aus Düsseldorf. Dann kam Cem Özdemir, der in einer „Maybrit Illner“-Sendung von „dieser Mischpoke“ sprach. Dann kam Heiko Maas, der - wenig später - von der Schande für Deutschland sprach. Die Kanzlerin hat dann in ihrer Neujahrsansprache am 01.01.2015 von den Menschen gesprochen, die Hass im Herzen tragen und denen man nicht nachlaufen darf.

Meine Damen und Herren, den Organisatoren und den Hintermännern, den gefährlichen Hintermännern von Pegida, hätte nichts Besseres passieren können als diese vordergründig schnellen falschen Zuschreibungen von vielen Tausenden Menschen. Auf dem Höhepunkt der Pegida-Bewegung waren es 25 000 Menschen, die schweigend durch die Stadt Dresden zogen und zum Ausdruck brachten: Wir haben mit dieser Ordnung, mit eurer Ordnung nichts mehr zu tun!

„Volksverräter“ und „Lügenpresse“ sind Zuschreibungen, die natürlich nicht zu akzeptieren sind, aber aus dieser Welle heraus entstanden sind. Hier war ein Zeitfenster – es ist zu -, das Zeitfenster vom November 2014 bis zum Januar 2015, in dem eine offene politische Kommunikation fast alles richtig hätte machen können, mit einfachen Mitteln, indem man sich gestellt hätte, indem man wahrgenommen hätte, dass sich da offenbar etwas angestaut hat, dass die richtigen Menschen in die falschen Hände geraten - Sie müssen in die richtigen Hände geraten, indem man in irgendeiner Art und Weise Formen findet, auf sie zuzugehen. Nun war es Weihnachtszeit – das entschuldigt nichts, erklärt aber manches. In diesem Zeitfenster ist alles falsch gemacht worden, was man falsch machen konnte: die Diffamierungen, die Etikettierungen – „das sind Nazis“. 25 000 Menschen gehen durch Dresden – das sind nicht 25 000 Nazis, so viel Differenzierungsvermögen haben wir alle.

Das ist nun alles vergossene Milch. Es ist auch nur ein Beispiel. Pegida ist ein Symptom. Wir müssen gar nicht immer nur davon reden, aber es ist ein so deutliches Symptom dessen, was ich auch sonst in dieser Gesellschaft sehe, dass wir die Dinge, die wir kritisieren, an diesem Symptom festmachen können.

Wenn es nicht Dialogverweigerung war – das ist ja auch ein harter Vorwurf -, dann war es mancherorts vielleicht eine simulierte Dialogbereitschaft. Die habe ich oft festgestellt, habe bemerkt, dass mediengerecht, gut aufbereitet, formalisiert Dialog simuliert wird, ohne dass die Beteiligten den Eindruck haben, dass es ernst gemeint ist, dass es zur Sache kommt. Ich entdecke in unserer Gesellschaft sehr viel Simulation, sehr viel Den-Anschein-Erwecken, dass es so sei, ohne dass man tiefgründig untersucht. Ich stehe für eine Streitkultur des Verstehen-Wollens, bin als Theologe nun mal hermeneutisch unterwegs. Tiefgründig heißt für diese letzte Konsequenz zu sagen: Der Dialog hat nur dann den Namen verdient, wenn er sich radikal der Perspektive des Anderen aussetzt und wenn er damit rechnet, dass ein Verstehensraum entsteht, bei dem alle Beteiligten auf eine neue Erkenntnisstufe gelangen.

Empathie und Perspektivwechsel sind die zwei Grundfähigkeiten in einer offenen demokratischen Gesellschaft, die ich schon aus reinem Machtkalkül eigentlich beherrschen sollte. Wenn ich nur so denken würde, wäre ja schon das sozusagen ausreichend, mich der Empathie und dem Perspektivwechsel zu widmen, weil ich den ja brauche, um den Gegner zu verstehen – aber aus anderen Gründen natürlich auch. Und in einer simulierten Dialogsituation geht es eben nicht um

Empathie und Perspektivwechsel, da geht es darum, den Anschein zu erwecken, der sich dann vielleicht medial ganz gut darstellen lässt.

Ja, wir haben eine auseinanderdriftende Gesellschaft - das habe ich versucht, in einigen kleinen Artikeln zu beschreiben; es würde jetzt zu weit führen -, die erst recht, als wenn das alles nicht schon reichen würde, verlangt, dass wir stärker als bisher zur Kommunikation und zum offenen Dialog zurückfinden.

Und ein letztes Stichwort auf diesem Zettel, das ich nicht vergessen darf, weil das Ganze sonst völlig schief werden würde, auch wieder, um auf das Symptom zu kommen, ein Symptom, was nur ein Symptom ist: der dritte Jahrestag von Pegida am 29. Oktober 2017 in Dresden. Es waren wohl 2 000 oder 3 000 Anwesende. Das sind vielleicht nicht viele, vielleicht sind es aber viel zu viele, immer noch oft die richtigen Menschen in den falschen Händen. Was ich von der Bühne gehört habe, meine Damen und Herren, läuft unter der Überschrift „Goebbels lässt grüßen!“: rechtsextremistische, neonazistisch rhetorisch-argumentativ bestens aufbereitete Reden, die in der Lage sind, 3 000 Menschen in Wallung zu bringen. Ich habe mich dort am Rand aufgehalten – ich will es auch nicht dramatisieren, und man kennt mich in Dresden -, und dieselben Menschen, die mit mir eine Viertelstunde reden - und nach einer Viertelstunde ist man dann auch wieder bei vernünftigen Gesprächen -, gehen, nachdem sie vernünftig mit mir geredet haben, dort in diese Menge und brüllen Widerstand. Also alle Mechanismen, die uns Gustave LePont vorgelegt hat, funktionieren. Und die rechtsextremistischen Think Tanks in Schnellroda bei Halle – Herr Kubitschek war auch dort – funktionieren.

Ein paar Thesen zum Schluss: Ich nenne nur einmal die Dinge, die völlig selbstverständlich sind, gerade in Ihrem Kreis. Ich bleibe dabei: Es ist nicht möglich, mit jedem anderen Menschen zu jeder Zeit unter allen Umständen und zu jedem möglichen Thema ins Gespräch zu kommen. Das ist klar. Unter bestimmten Umständen sind Gespräche weder möglich noch sinnvoll. Aber das andere gilt auch: Jeder Mensch kann mit fast jedem anderen Menschen unter günstigen, intelligent organisierten Umständen, die man notfalls professionell organisieren muss, bei ehrlichem Interesse zu einem gemeinsam definierten Thema und auf Augenhöhe ins Gespräch kommen. Der Mensch hat alles, was er dazu braucht, um mit einem anderen Menschen ins Gespräch zu kommen, und wenn es diese Defizite gibt, muss man es halt versuchen. Wer von vornherein weiß, mit wem er aus welchen Gründen auch immer nicht sprechen kann oder darf, der irrt möglicherweise und verschenkt ganz bestimmt eine Chance, seiner Auffassung Geltung zu verschaffen.

Eine Fußnote dazu: Diese ganzen Dialogbemühungen, in denen wir, glaube ich, nicht nachlassen sollten, sollten eines vermeiden: nämlich die Funktionsweise unserer repräsentativen Demokratie zu verwischen. Denn das ist auch oft geschehen: dass der Eindruck entstand, dass, wenn Politiker in irgendwelchen Zusammenhängen direkt mit Bürgern reden, diese dann die Möglichkeit hätten, dem Ministerpräsidenten zum Beispiel direkt etwas zu sagen, und der geht dann in seine Kanzlei und macht das. Das ist absurd.

Also: Man muss schon bei aller Dialogbereitschaft die Strukturen und die Funktionsweisen unserer repräsentativen Demokratie klarmachen. Man kann auch über mehr direkte Demokratie diskutieren,

aber man muss erst einmal wissen, wie die repräsentative Demokratie funktioniert, und da haben wir Defizite – das sagte ich schon.

Ich überspringe und nenne noch einen letzten Gedanken: Der aus der historischen politischen Beschäftigung mit der Weimarer Republik und deren Scheitern abgeleitete Lehrsatz „Wehret den Anfängen“ hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Leider gibt es zahlreiche Beispiele der Geschichtsvergessenheit in Sachsen, aber nicht nur dort, Beispiele dafür, dass der Widerstand gegen rechtsextremistische, auch linksextremistische – nur, ich habe etwas gegen diese Symmetrie, das sind zwei verschiedene Phänomene, die man unterschiedlich betrachten muss, aktuell haben wir es stärker mit rechtsextremistischen Denkmustern zu tun - viel zu lange unterblieb, halbherzig ausfiel und sich manche Wegschauer und Bagatellisierer dem Verdacht aussetzten, insgeheim mit diesem Gedankengut zu sympathisieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Lieber Herr Richter, vielen Dank für die Einblicke in eine bestimmte Szenerie, von denen man aber, glaube ich, die eine oder andere Perspektive mitnehmen kann, die Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. Ich will nicht auf alles eingehen, aber die Frage der blockierten Meinungsbildung und die Thesen oder die Beschreibungen, wie Sie damit zurande gekommen sind – professionelle Moderation -, haben in mir den Gedanken sich entfalten lassen: Was wäre in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft passiert, wenn bei den Jamaika-Verhandlungen professionelle Moderation in 25 Vier-Augen-Gesprächen stattgefunden hätte? Nur, so kann das in einem politischen System nicht sein. Aber es scheint doch vieles von dem, was Sie im kleinen Kreis sagen – blockierte Prozesse der Meinungsbildung, sozusagen unwahrhaftige Kommunikationsprozesse, indem man so tut, als ob das nicht Herausforderungen bis hin zum Missverständnis der Funktionsweisen repräsentativer Demokratie, als ob das nicht Probleme wären, die uns allgemein – weit über Dresden hinaus – längst gepackt haben und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen - allgemein zuzutreffen. – Erste Wortmeldungen! – Bitte.

Herr Klein: Ich habe eine Frage zur inneren Logik Ihrer Darstellungen, sozusagen die Abfolge und die innere Logik. Schneeberg haben Sie genannt, 3 000 Leute, und in dem Zusammenhang von blockiertem Dialog gesprochen. Wer waren da die potenziellen Dialogteilnehmer, die sich wechselseitig blockierten? Waren das die Kommunalpolitiker, waren das die Landtagsabgeordneten? Das war ja eine lokale Angelegenheit.

Ein zweiter Punkt: 25 000 in Dresden zum Höhepunkt, jetzt etwa 2 000 bis 3 000. Sie sagen, dort würden Reden gehalten, die an Goebbels Rhetorik erinnern. Meine Wahrnehmung – nun ist die relativ weit weg, aber andererseits habe ich professionell mit politischer Kommunikation zu tun - ist: Was auf dem Höhepunkt, als 25 000 dabei waren, vom Podium geredet wurde, hatte auch goebbelsches Format – rhetorisch dritter Kategorie, aber inhaltlich war das sozusagen Bachmann-Rhetorik, die eines Neonazis. Da hat sich also – zumindest nach meiner Wahrnehmung – wenig geändert. Wie erklären Sie denn, dass aus 25 000 mittlerweile 2 000 bis 3 000 geworden sind?

Möglicherweise werden die Herren, deren harte Worte Sie eben beklagt haben – „Mischpoke“, „Schande für Deutschland“ – dazu beigetragen haben. Möglicherweise hat diese Stigmatisierung, die dadurch stattfindet – Stigmatisierung hat ja sozusagen auch kommunikative Wirkungen -, bewirkt, dass wir jetzt einen blockierten Dialog haben. Die andere Wirkung von Stigmatisierung ist: Da lässt du besser die Hände von! Da gehst du auf die Dauer nicht mehr hin! Du musst dich ja schämen! Wie wirst du angeguckt in deinem Beruf, bei deinen Freunden usw.? - Mit anderen Worten: Könnte es nicht sein, dass die Härte, mit der man Pegida auch in den Medien angepackt hat, dazu beigetragen hat, dass da nicht mehr 25 000 Leute durch Dresden laufen, sondern nur 2 000 bis 3 000?

Frank Richter: Möglicherweise ist das bei meinem Vortrag etwas sehr schnell gegangen oder ich habe nicht präzise genug unterschieden: Diese Wahrnehmung von blockierten Prozessen der politischen Meinungs- und Willensbildung und die Feststellung dieses Begriffs geht auf meine Erfahrungen mit den Prozessen in der Landeshauptstadt Dresden um den 13. Februar herum zurück. Dort saßen – ich glaube, in dem Zusammenhang habe ich den Begriff verwendet – alle Stadtratsfraktionen außer der der NPD - aber die hatte, glaube ich, keinen Fraktionsstatus - und, wie gesagt, zivilgesellschaftlichen Organisationen en masse an einem Tisch. Es war klar, dass man sich stark zerstritten hatte. Es gab ein paar Sollbruchstellen, die immer wieder hochkamen, um die Frage, ob Proteste gegen Neonazis Blockaden von rechtsextremistischen Demonstrationen seien. Und es gab immer Gruppierungen, die im Hinblick auf Widerstandsrecht und Weimarer Zeit „Wehret den Anfängen!“ zu dem klaren Ja von Blockaden standen. Und es gab immer andere, eher rechtspositivistisch Argumentierende, die zu einem klaren Nein zu den Blockaden standen. Also da gab es so ein paar Punkte, dass ich dachte: Hier kommt man nie zusammen! Aber da haben sich Kompromisslinien finden lassen. Dieser Begriff bezog sich nicht auf Schneeberg, sondern auf meine Erfahrungen in Dresden.

Sie haben nach Schneeberg gefragt, Herr Klein. Schneeberg war eine andere Situation. Dort hatten wir einen starken NPD-Ortsverband und einen starken NPD-Kreisverband. Wie die Situation jetzt ist, weiß ich nicht, aber damals war er stark. Und denen gelang es, mehrere tausend Menschen in der ungefähr 25 000 Menschen zählenden Stadt Schneeberg zu Fackelmärschen gegen das Asylbewerberheim auf die Straße zu bringen. Dort gab es weniger eine blockierte, aber doch zunächst einmal eine gelähmte kommunalpolitische Situation, weil das natürlich schon Angst auslöst, Überraschung auslöst und die Frage aufwirft, wie man damit umgeht.

Dort wiederum haben wir im Team Folgendes getan – immer in engster Absprache natürlich und nur nach Auftrag durch die kommunalpolitisch Verantwortlichen dort; es war Bürgermeister Stimpel in Schneeberg: Wir haben sieben große Bürgerversammlungen im 14-Tage-Takt hintereinander zu den verschiedensten Themen organisiert. Das war ein richtiges kleines kommunalpolitisches Seminar zum Thema Asylrecht, zum Thema Menschenrecht, humanitäre Situation, alltagspraktische Fragen, sodass eine Stadtgesellschaft, die anfänglich von solchen Dingen irritiert ist, sukzessive sich selbst findet, sich zu artikulieren beginnt, aus dem Beschweigen der Probleme herauskommt.

Ich sage es einmal zugespitzt und bringe ein Zitat des Bürgermeisters von Neukirch in der Lausitz, bei dem wir es ähnlich gemacht haben: „Herr Richter, es ist ja fast wünschenswert, dass wir Neonazis haben. So habe ich meine Stadtgesellschaft noch nie erlebt – dass die plötzlich als Stadtgesellschaft sich demokratisch findet und offene Dialogprozesse ansetzt.“ Das heißt, man muss die schweigende Mehrheit in den Dialog bringen und im Zuge dessen die Außenseiter, die unsere Ordnung bekämpfen

wollen, identifizieren, isolieren und gesellschaftlich ächten. Das sind drei harte Begriffe, die ich mir aber ins Stammbuch geschrieben habe. Am Ende muss die Identifizierung, die Isolierung und die Ächtung von bestimmten Verhaltensweisen stehen, und zwar nicht durch mich, der ich woanders her komme, sondern durch die Stadtgesellschaft selbst, die das miteinander lernen muss. Das war Schneeberg.

Wie sind aus den 25 000 3 000 geworden? Ich weiß es nicht. Die von Ihnen genannte, von mir nicht genannte Stigmatisierung mag dazu beigetragen haben; das will ich nicht ausschließen. Ich muss und kann auch vermuten, dass das dazu beigetragen hat. Genauso kann man vermuten, dass natürlich die doch ziemlich zahlreichen Bürgerversammlungen, die wir auch in Dresden durchgeführt haben und die ehrlichen Charakter hatten, auch dazu geführt haben, dass viele bis dahin sich politisch adressenlos Bewegende eine politische Adresse fanden und in vernünftige Diskurse eingeführt wurden.

Und eine Adresse – der letzte Gedanke – haben sie auf jeden Fall gefunden: die AfD. Das heißt, es gibt jetzt eine ganz offene klare Solidarisierung zwischen AfD und Pegida. Das kann man finden, wie man will, aber es entspricht nun mal der Funktionsweise unserer Ordnung, dass Stimmungen, die sich auf der Straße zeigen, sukzessive zu Stimmen werden und Stimmen zu Mandaten und dann zu parlamentarischen Auseinandersetzungen.

Und was die 3 000 angeht, die wir jetzt haben, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Da fehlt mir die Phantasie – das hat was Sektenartiges an sich. Geschlossenes Weltbild und kaum erreichbar – wenn Sie mir diese sarkastische Bemerkung gestatten –, eine montäglich durchgeführte archaische Flurbegehung.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Wenn wir schon quantitativ unterwegs sind, würde ich ganz gern einmal auf etwas anderes hinweisen. Ich meine, wir müssen ja einmal gucken, wie wir das Ganze auch aus dem sächsischen regionalen Zustand ins Allgemeine transferieren können.

Ich meine, wir haben ja mittlerweile eine Situation, in der die beiden jüngsten Monitore, wenn ich es recht im Gedächtnis habe, in Thüringen und in Sachsen, einen seit einem Jahr frappierenden Anstieg der Wertschätzung der Demokratie mit sich bringen und das ein Erklärungsansatz ist, dass die Demokratiezufriedenheit steigt, weil es die AfD gibt, also weil es eine Partei gibt, die endlich das sagt, was ich denke. - Und da sind wir ja nun bei den Punkten, die unsere allgemeine politische und parlamentarische Kommunikation betreffen: Was wird aufgenommen oder was wird überdeckt? Was ist, wenn die Mitte – Sie haben es angesprochen – nicht mehr in der Lage ist, sich über die Mitte zu verständigen, sondern in der Mitte sich nur noch wechselseitig – fast hätte ich gesagt – prügelt? Was ist, wenn das adäquate Verständnis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch in der Mitte absinkt, wenn wir also solche Zustände haben, dass sich ein erheblicher Teil des Volkes durch eine problematische politische Partei repräsentiert fühlt, während sie sich vorher nicht repräsentiert gefühlt haben? Da sind wir ja in ein paar Kontexten, die über die schwierigen sächsischen Verhältnisse, die ja irgendwie auch symptomatisch sind, weit hinausreichen. Ich sage jetzt wie der Bürgermeister dort: Vielleicht sollten wir Sachsen dankbar sein, weil es uns auf Probleme hinweist, die wir vorher vielleicht gefühlt haben, die aber jetzt greifbarer geworden und damit allgemeiner

Diskussionsgegenstand sind. Aber das war mir nur wichtig: auf die Allgemeinheit der Befunde hinzuweisen. – Herr Wieland.

Wolfgang Wieland: Herr Richter, hier muss man sich nicht entschuldigen, wenn man Sachse ist; das sage ich einmal vorweg. Wir haben die Heldenstadt Leipzig noch in völlig positiver Erinnerung und auch das, was in Dresden seinerzeit geschehen ist. Aber eine Dankbarkeit dafür, dass es Pegida gab? Dass die Bundeskanzlerin in Freital als „Fotze“ bezeichnet wurde, dass die Gäste in der Frauenkirche am Tag der Einheit runtergemäht wurden, die da reingingen, dafür kann ich nicht dankbar sein. Und da erwarte ich auch, dass man einmal nachforscht, warum es so extrem gerade in Sachsen zum Ausbruch kommt. Wir haben diese Erscheinung überall, das weiß ich. Und wir hatten Mölln, wir hatten Solingen, hatten das auch in den westlichen Bundesländern. Aber dieses Krasse in den letzten Jahren, das war schon sachsenspezifisch. Und was das Wahlergebnis für die AfD angeht: Da haben Sie völlig Recht, die AfD ist jetzt der politische Ausdruck dieser Bewegung. Gauland ist sofort dorthin gegangen – als Beobachter, wie er sagte, aber er lief mit. Und was Höcke auch nicht umsonst in seiner Dresdener Rede gesagt hat, ist sozusagen Programmatik. Also die Frage lautet: Warum nun gerade in Sachsen? Ihr Hinweis „vom Westen kolonialisiert“ überzeugt mich heute nicht mehr ganz. Wir haben in allen neuen Ländern inzwischen handgestrickte Regierungen mit Ministerpräsidenten, die ostiger gar nicht sein können: Herrn Woidke, Herrn Haseloff und – bisher – Herrn Tillich. Das sind doch alles keine Westimporte - und die Ministerinnen und Minister auch nicht mehr.

Zu Ihrer Frage, ob denn ein 1975 oder später geborener Ostdeutscher, der nach Westen gegangen ist, jetzt schon auf einem Chefsessel sitzt, sage ich: Auch ein zu dieser Zeit im Westen Geborener sitzt noch nicht auf einem Chefsessel. Wir haben da eine komische Altersverzerrung. Da muss man 50 und älter sein, um in der Industrie oder wo auch immer auf dem Chefsessel zu sitzen. Der einzige Unterschied, den ich sehe: Es gab im Osten keine Familienbetriebe zu vererben wie im Westen. Die hat man ja kaputt gemacht. Das kann es meines Erachtens nicht mehr sein, dass man heute noch – fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer – sagt: Da ist zu viel Westen rübergeschwappt!

Fremdenfeindlichkeit gibt es überall. Nun wird immer gesagt: Ihr habt doch so wenige in Sachsen; da dürftet ihr erst recht nicht demonstrieren! – Da sehe ich ein, dass man sagen kann: Wir wollen, dass es so bleibt, und deswegen demonstrieren wir. Wir wollen nicht Berlin-Sonnenallee oder Duisburg-Marxloh in Dresden haben, deswegen gehen wir auf die Straße. – Darüber kann man tatsächlich reden.

Ich bin auch nicht gegen Ihre Dialogstrategie, was diese breite Menge angeht. Der Dialog muss da enden, wo Herr Höcke, Herr Meier oder Herr Bachmann sind. Mit denen geht kein Dialog. Und die muss man auch so bezeichnen, wie Sie es gesagt haben. Gabriel hat „Pack“ gesagt. Einen Galgen mit der Aufschrift „Reserviert für Sigmar Gabriel“ darf man straffrei tragen oder sogar im Internet verkaufen - auch das für mich ein Ausdruck, dass diese inakzeptable Zuspitzung nun gerade auch über Pegida und die AfD in Sachsen gekommen ist, und ich frage mich tatsächlich: Was ist da das Sachsenspezifische und woher kommt es?

Frank Richter: Professor Oberreute wollte jetzt gerade von Sachsen weg, Sie aber bringen mich jetzt wieder zu Sachsen. Ich versuche es kurz zu machen, aber die wichtigsten Dinge zu nennen.

Ihre Frage ist auch meine Frage. Wenn wir es allerdings mal an einem Punkt festmachen, wie beispielsweise Wahlergebnisse für die AfD – es gibt viele Punkte, an denen wir es festmachen können; wir können es auch an den rechtsextremistischen Gewalttaten, an den Kriminalstatistiken festmachen -, dann ist richtig: Sachsen hat meistens die Spitzenposition in all diesen Dingen. Aber der Unterschied beispielsweise zwischen den AfD-Wahlergebnissen in Sachsen und denen in Brandenburg ist so groß auch wieder nicht, dass man nun quasi ein einziges Bundesland stigmatisieren sollte und alle Probleme auf es abschieben könnte. Das hätte ja auch eine exkulpernde Wirkung, die für das Land insgesamt fatal wäre.

Gleichwohl will ich der Frage nach den Spitzenwerten und den Ursachen für die Spitzenwerte in all diesen verschiedenen Dingen in Sachsen nicht ausweichen. Ich glaube, Herr Wieland, ich hatte mit dem Hinweis auf die Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft sehr wohl darauf hingewiesen, dass es keineswegs das einzige und schon gar nicht das wichtigste Moment ist - ich glaube, dass ich das ausdrücklich so gesagt habe -, aber dass es ein Momentum unter vielen anderen Momenten ist, die in der Addition mir einiges erklären. Wie gesagt, das habe ich auch schriftlich niedergelegt. Ich will Ihnen mal eine Reihe von Dingen nennen, die meiner Meinung nach in der Addition einiges erklärlich machen, und da soll die Reihenfolge keine Rangfolge sein:

Sachsen zeichnet sich durch einige Dinge aus: durch eine lange geschichtliche kohärente Eigenstaatlichkeit, die ein hohes Maß an Identifikation mit dem Eigenen mit sich bringt, immer auch gegen Andere oder ohne Andere, das Königreich Sachsen in seiner Geschichte auch mit einem relativ abschmelzenden, aber relativ kohärenten Staatsgebiet, sehr homogener Bevölkerung bis heute, die sich sehr schnell politisieren lässt und die großen Wert auf das Eigenstaatliche legt.

1990 war – als die DDR unterging – Sachsen sofort die politische Referenzgröße, auf die sich alle orientierten. Lange bevor die Frage nach der Wiedervereinigung oder der deutschen Einigung kam, rief man wieder nach Sachsen. Das ist an sich auch etwas Gutes: kein Bindestrich-Land, sondern ein Land, das sich sehr bewusst an alte Traditionen erinnern kann.

Ein zweiter Punkt: Es hat in Sachsen nie wirklich einen Bruch mit der Monarchie gegeben. Das wird Sie möglicherweise wundern, aber die Ablösung des letzten Königs geschah 1918, als es auch sonst überall geschah, und als er dann 1932 beigesetzt wurde, war es das größte politische Ereignis, was Dresden im 20. Jahrhundert sah. Die Menschen sind zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen. Manche haben sich zu Tode gequetscht, um den Sarg des Königs noch einmal zu sehen. Natürlich 1932 – das muss man auch kontextualisieren: In dieser Weimarer Zeit hat sich hier einiges noch einmal verstärkt. Kurt Biedenkopf hat mit dem Begriff des „Königs Kurt“ ganz hervorragend gespielt, und das war keineswegs nur eine Marginalie, sondern das wusste er an vielen Stellen präzise anzubringen, und das hatte einen Resonanzraum, der sich mit dieser Geschichte gut verband.

Drittens: Sachsen haben ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, manchmal ein narzisstisches – den Vorwurf lasse ich mir auch gern gefallen -, die eigene Kultur, Kunst und Architekturgeschichte betreffend. Dresden ist die – sagen manche – deutsche Kulturstadt mit dem höchsten Tellerrand. Wir haben hier alles, was wir brauchen. Wir kommen auch über den Tellerrand, aber wir brauchen

vielleicht etwas länger. Wir sind stark genug, Einflüsse, die von außen kommen, zu integrieren, uns anzueignen, aber dann sind sie auch unsere.

Diese Fremdenfeindlichkeit? - Wissen Sie, Thilo Sarrazin hat, als er seine Lesereise machte, in Dresden die größten Säle gefüllt, und er ist übrigens Stichwortgeber für viele gewesen, die heute noch unterwegs sind: Schlag nach bei Thilo Sarrazin! - Da kannst du all das nachlesen, was heute auch auf den Straßen - in vulgarisierter Form natürlich - vorgetragen wird.

Man könnte jetzt auch die Geschichte der Weimarer Zeit, die Wahlergebnisse der NSDAP in Sachsen noch einmal aufrufen, ganz eigenartige unterströmige Angelegenheiten. Dresden war, glaube ich, nach Breslau die Stadt mit den höchsten NSDAP-Wahlergebnissen Ende der Weimarer Zeit. Da ist auch einiges, was da untergründig weiterläuft. Sachsen hatte wie der ganze Osten – ich nenne es einmal summarisch – das nicht, was der Westen mit dem hatte, was man die 68-er nannte. Wenn man im Osten, auf dem Gebiet der DDR „die 68-er“ sagt, denken ehemalige DDR-Bürger an den Einmarsch des Warschauer Paktes in die Czechoslowakei. Die 68-er, die ich insgesamt nicht bewerten kann - da bin ich ganz vorsichtig -, haben aber wohl doch so etwas nach sich gezogen wie das kollektive Nazi-Schämen. Das brauchte es im Osten so nicht, denn die DDR war per se ein antifaschistischer Staat. Das war sozusagen par ordre du mufti bekannt gegeben. Die Mauer war ein antifaschistischer Schutzwall. Alles Nationalsozialistische war auf eine ganz geheimnisvolle Weise in den Westen ausgewandert. Wir wissen doch aus der Studie sehr gut, dass es im Politbüro der SED mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder gab als ehemalige SPD-Mitglieder. Das ist gut untersucht.

Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, am 20. April geboren zu sein, da weiß ich, was an dem Tag auch in der tiefsten DDR-Zeit passierte: Da wurden auch noch andere Geburtstage gefeiert. Es hat sozusagen auch in der DDR einen verdeckten Neo-Nationalsozialismus gegeben, der ja dann auch noch eine oppositionelle Affinität hatte, weil er gegen die Regierung war. Und eine persönliche, tiefergehende familiäre Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Verwicklung sollte es nicht geben. Wie kann das nachgeholt werden? Ich weiß es nicht. Da sollte man auch wieder vorsichtig differenzieren. Die Schule? – Ich bin in die DDR-Schule gegangen. Ich habe sie abgelehnt, gleichwohl hat sie mir auch einiges beigebracht. Also auch das ist differenziert.

Vielleicht der letzte Punkt: Die Neonazis haben in Sachsen investiert. Das ist Mitte der 90-er Jahre passiert. Dafür gibt es gute Belege: Beispielsweise wurde der Verlag der „Deutschen Stimme“ von Bayern aus kommend in Sachsen angesiedelt, in Riesa. Man hat Sachsen als ein sehr interessantes Aufmarschgebiet identifiziert. Dort sind die Widerstände möglicherweise gering. Einzelne Politiker sind gezielt implantiert worden, es gab eine – aus deren Sicht – gescheiterte Personalpolitik. Man hat nicht den Nazi im Nadelstreifen in den Landtag geschickt, sondern man hat die „VIPs im Dorf“, zum Beispiel den Fahrschullehrer oder den Bäcker oder solche Personen, gewählt. Ein Fahrschullehrer als NPD-Abgeordneter! Was macht ein Fachschullehrer den ganzen Tag? Er sitzt mit einem anderen Menschen eine halbe Stunde im Auto.

Eine – das ist jetzt weit hergeholt – entpolitisierte Schule? Im Nachgang der DDR war natürlich erst einmal nachvollziehbar, dass alle politischen Debatten in der Schule vermeintlich nichts zu suchen hatten. Man wollte keine Indoktrinationsschule, also hat man versucht, das alles herauszuschieben.

Lehrer hatten oft Angst, sich politisch zu äußern. Dann kam zu allem Unglück die NDP noch in den Landtag, sodass es erst recht schwierig war, sich über politische Dinge in der Schule zu äußern.

Es bestreitet in Sachsen heute niemand mehr, dass wir ein tiefgreifendes, bis in die Lehrerschaft reichendes Defizit an politischer Bildung und auch an politischer Streitkultur haben. Das Wahlergebnis von 2009 – da bin ich aus Hessen kommend, wo ich drei Jahre gelebt hatte, nach Sachsen zurückgekommen - sah so aus: Die NPD landete bei 5,2 Prozent und zog zum zweiten Mal in den Sächsischen Landtag. Sie bekam bei den Erstwählern 2009 19 Prozent. Ich habe damals noch in meiner Funktion als Direktor der Landeszentrale gesagt: Wir müssen dringend etwas machen. Das ist auch nicht mehr mit dem Verweis auf die DDR zu erklären, wenn 2009 19 Prozent der Erstwähler die NPD wählen. Das hängt auch mit entpolitizierter Schule und mangelnder Streitkultur zusammen.

Ich habe jetzt versucht, Herr Wieland, eine Erklärung zu finden. Glauben Sie mir, wir machen uns dieselben Gedanken.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Als jemand, der zum Oberschichtungspersonal von 1990 bis 1993 gehörte, läge mir jetzt mancher Kommentar auf der Zunge, der in gewisser Weise in Ihre Richtung geht, aber ich erspare mir das jetzt. – Bitte schön.

Joachim Welz: Ich will einmal den nächsten Versuch machen, von Sachen wegzukommen. Wie das Thema formuliert ist, ist es kein spezielles sächsisches oder Dresdener Problem, sondern ein ganz allgemeines, dass in der politischen Kultur die Dialogbereitschaft sinkt und man die Neigung hat, sich gewisse Glaubenssätze um die Ohren zu hauen. Da kommt dann eine Heftigkeit – um nicht zu sagen: Hass – heraus, denken wir nur an die sozialen Medien, und das geht ja zunehmend in den politischen Raum. Ich nehme nur einmal das Stichwort Kernkraft. Da konnte auch kein vernünftiger und sachlicher Dialog mehr stattfinden, und von dem Thema sind wir ja nur runter, weil das Establishment eingeknickt ist. Da könnte man noch eine ganze Reihe von Beispielen bringen, die irgendwie politisch aktuell und emotional belastet sind im Rahmen der political correctness oder sonst irgendwie aufreizend wirken.

Und wir haben hier ein generelles Phänomen vor uns, was ich – Sie haben das Stichwort gebracht – eigentlich schon seit 1968 analysiere. Da habe ich nämlich angefangen zu studieren, war auch als Studentenfunktionär tätig und mittendrin. Die Entnazifizierung war nur ein ganz kleiner Aspekt. Die wollten eine andere Republik, wie es ein Minister formuliert hat, und da war auch keine Dialogkultur. Da wurden Andersdenkende niedergebrüllt, hatten überhaupt keine Chance. Das ist also kein sächsisches Phänomen, sondern das hatten wir auch in der alten Bundesrepublik, in Nischen, die gar nicht mal so sehr Nischen waren, und unterschwellig hat sich das eigentlich bis heute fortgesetzt.

Frank Richter: Ich teile Ihre Auffassung. Ich glaube, dass das von Ihnen Beschriebene keineswegs nur ein sich im Bereich der Politik zeigendes Phänomen ist, sondern die gesamte Gesellschaft kennzeichnet. Ich sehe wenigstens zwei, drei Ursachen. Wir sind, glaube ich, schon vor 15, 20 Jahren gewarnt worden von einigen, die als Unheilspredigten bezeichnet worden sind, die die Nachwirkungen der Digitalisierung, insbesondere auch der digitalen Informations- und

Kommunikationstechnologien insgesamt für Kinder und Jugendliche schwarz an die Wand gemalt haben. Professor Spitzer ist ja nur einer, es gibt noch andere; den habe ich noch am meisten im Ohr, weil ich Anfang des neuen Jahrtausend fünf Jahre an einem Bildungsinstitut gearbeitet und mich damit beschäftigt habe. Die zwischenmenschliche, gesellschaftliche und auch demokratische Kommunikation funktioniert ja anders als digitale Informationsübermittlung. Und wenn wir so oft mit digitaler Informationsübermittlung zu tun haben, verwechseln wir die Dinge möglicherweise. Dort, wo es um Kompromisse und konsensorientierte Debatten geht, sticht die alte Regel: Gesagt ist noch nicht gehört, gehört ist noch nicht verstanden, verstanden ist noch nicht einverstanden, einverstanden ist noch nicht überzeugt, überzeugt ist noch nicht getan.

Die Dinge brauchen Zeit, brauchen Geduld. Die dürfen, die müssen manchmal redundant sein. Verstehensräume werden doch nicht aus Masochismus gebaut, weil man das als Last empfindet, sondern das könnte doch auch eine Lust sein, eine Lust, sich sozusagen in diese Verstehensprozesse einzubringen, die eben nicht digital funktionieren.

Und wir haben seit diesem von mir kurz genannten Zeitraum auch eine nachgewachsene Generation, die vor dem Internet groß geworden ist. Ich möchte das gern noch mit dem Hinweis auf meine äußerst kritische – es ist ja nicht nur meine Meinung – reserviert-distanzierte Haltung PISA gegenüber flankieren. Dieses „Program for International Student Assessment“ hat ein Bildungsverständnis in unsere öffentliche Aufmerksamkeit hineingedrückt, das durch nichts demokratisch legitimiert ist und die Kultusministerien sehr beschäftigt. Und da werden regelrechte kommunikative Ereignisse konstruiert, um sozusagen PISA-Ranking-Geschichten in unsere Köpfe hineinzubringen, um dann am Ende des Tages zu glauben: Das Schulsystem, das bei PISA gut abgeschnitten hat, ist dann auch in Gänze ein gutes Schulsystem. – Das ist es doch nicht. Gott sei Dank kümmert sich PISA um bestimmte Dinge gar nicht – oder hat sich jedenfalls lange nicht um bestimmte Dinge gekümmert. Da geht es nicht nur um die politische Bildung. Da geht es um die kulturelle Bildung, um die musische Bildung, um die ästhetische Bildung, um die ethische Bildung, auch um die motorische Bildung.

Humboldts 200. Todestag ist doch fast spurlos an uns vorübergegangen. Das humanistische Bildungsideal – wann habe ich die letzte große begeisterte Rede über das humanistische Bildungsideal gehört? PISA-Reden höre ich sehr oft, und das ist ein Prozess, der schon zehn, fünfzehn Jahre nicht nur in Deutschland, sondern, glaube ich, weltweit so funktioniert.

(Wolfgang Wieland: Die Schüler in Sachsen liegen da immer sehr gut!)

-Das ist ja das Problem, Herr Wieland. In dem Zusammenhang habe ich das als Problem wahrgenommen, weil der Eindruck entsteht: Wenn man bei PISA gut ist, ist man insgesamt gut. Und nur das will ich bestreiten. Ich ärgere mich nicht über gute PISA-Ergebnisse. Ich warne davor, den Spirit, das Bildungsverständnis, das hinter PISA steckt, sozusagen zu überhöhen. Legen Sie das einmal neben das Bildungsverständnis, das zum Beispiel in sächsischen und anderen Lehrplänen steckt. Das ist ein anderes. Und da stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimation der Bedeutung der PISA-Ergebnisse für unsere Bildungsdebatten.

Vielleicht ein letzter Gedanke: Die Wahrnehmung, dass sich wichtige politische Entscheidungsprozesse in Talkshows abspielen und Sonntagabend das Thema gesetzt wird, was dann Montagfrüh durchgegangen wird, führt natürlich auch zu einem entparlamentarisierten Politikverständnis, wo das Parlamentarische doch der eigentliche Ort der politischen Meinungsbildung ist - in der Rhetorik, der Argumentation, in der Debatte; das ist es natürlich nach wie vor. Aber es gibt die Wirkung der Talkshows, mit denen wir zahlreich gesegnet sind.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Nicht nur in Sachsen. – Herr Diederichs, Herr Siefken, Herr Müller. Vielleicht können wir das blocken.

Prof. Dr. Nils Diederichs: Es ist ja ein extrem komplexes Thema, mit dem wir uns ja auch in der Wahlforschung seit Jahrzehnten beschäftigen, nämlich die Frage, die ich hier nicht beantworten kann, die ich sozusagen zur allgemeinen Diskussion stelle: Wie kommt der durchschnittliche Wähler und Bürger zu seiner Auffassung?

Wir haben das Parteiensystem, das ja nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung erfasst, und nach Artikel 21 wirken sie an einer Willensbildung mit, was eigentlich im Wesentlichen über die Medien erfolgt, aber nicht über den individuellen Kontakt passieren kann. Das war sicherlich einmal anders, aber wir haben heute eine Situation der extremen Zersplitterung, und die Frage, die ich jetzt mal auf ganz Ostdeutschland projiziere, auch, weil ich das seit 1989/90 eigentlich intensiv und vor Ort habe erleben und studieren können: Aus meiner Sicht haben die Menschen in Ostdeutschland sehr lange Erwartungen an das westliche System gehabt – die blühenden Landschaften sind ja nur eine Metapher, die der Bundeskanzler angeboten hat, aber die Menschen haben sich ja einzeln etwas ganz anderes darunter vorgestellt, die Entwicklung ihres eigenen Schicksals, den Erfolg, den sie haben usw. Und all diese Erwartungen sind - jedenfalls nicht in dem Maße - erfüllt worden, wie die Bevölkerung erwartet hat. Und das Ergebnis einer solchen Projektion, dass die Erwartung an das politische System nicht erfüllt worden sind, führt natürlich zu einer Entscheidung: Diese Leute kann ich nicht wiederwählen. – Insofern ist der Verlust der Großen Koalition als ein Ergebnis eines sehr viel längeren Prozesses wirklich nur so zu erklären, dass die großen Parteien gemeinsam, kollektiv unter der Führung einer Bundeskanzlerin diese Wahl verloren haben, weil die Erwartungen eines großen Teils der Menschen enttäuscht worden sind.

Ich füge nur eines hinzu, was aus den Erfahrungen des Berliner Wahlergebnisses kommt: Es ist ja nicht nur so, dass Wähler der Union zur AfD gelaufen sind, sondern auch so, dass die SPD einen Teil ihrer Wähler an die AfD verloren hat, insbesondere in Ostberlin - in Westberlin nicht so stark.

Aber es gibt noch ein anderes Phänomen, was übersehen wird, dass nämlich die Linkspartei massiv Wähler an die AfD verloren hat. Das ist nur überdeckt worden, weil in Berlin die AfD ungefähr genauso viele Stimmen von der SPD gewonnen hat. Es hat durch die Wählerwanderung einen Ausgleich gegeben. Es hat den Anschein erweckt, als sei die Linkspartei eine sehr stabile Partei. In Wirklichkeit hat sie auch einen Wechsel in der Wählerschaft gehabt. Für mich belegt das genau diesen Punkt: dass es aus ganz individuellen und sehr komplexen einzelnen Erlebnissen eine kollektive Wanderung gegeben hat aus der Enttäuschung über die Entwicklung, die die Menschen innerhalb dieses demokratischen Systems erfahren haben.

Dr. Sven Siefken: Da wir das Problem jetzt einigermaßen zu fassen bekommen und schon als sehr breites Problem skizziert haben mit vielen Ursachen, würde ich gern auf die Lösungen zurückkommen. Was Sie vorgeschlagen haben – und ich glaube sofort, dass das auch funktioniert –, sind Moderationsprozesse vor Ort. Nur braucht man ja, wenn man das große Problem lösen will, eine Armee von Moderatoren. Das mag effektiv sein, aber effizient ist es nicht. Was kann man denn auch aus diesen Moderationsprozessen, die Sie selber durchgeführt haben, für politische Kommunikation lernen? Was können diejenigen, die kommunalpolitisch, landespolitisch, bundespolitisch auch vor Ort in den Wahlkreisen in Kontakt stehen, daraus lernen? Was können die mitnehmen, wenn sie nicht die Zeit haben, 25 Einzelgespräche zu führen? Gibt es da Lösungen, die Sie anbieten können, oder Richtungen, in die man denken sollte?

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: FAZ lesen! – Deswegen hat Herr Müller jetzt das Wort.

Dr. Reinhard Müller: Ein populäres Buch heißt „Mit Rechten reden“. Und man könnte ja auch einmal fragen: Warum eigentlich, warum Moderationsprozesse? Ich muss mit jemandem reden, wenn ich was erreichen will. Wenn er nicht will, könnte man ja auch sagen: Er kann Reden halten, er kann marschieren – man muss aber sofort einschreiten, wenn strafbare Handlungen begangen werden. Da lag in Dresden in der Tat einiges im Argen.

Übrigens sind vergleichsweise viele sächsische Richter und Staatsanwälte aus dem DDR-Justizdienst übernommen worden, mehr als in anderen Bundesländern. Also da ist viel schiefgelaufen.

Galgen usw.: Da muss man einschreiten. Dann wird unter Umständen im Strafverfahren geredet, aber ich muss nicht zwingend mit allen reden, und da sage ich hier selbstkritisch:

Ich habe mich gefragt: Warum macht man Hausbesuche bei Herrn Kubitschek? Hausbesuche bei einem Mann, der auf einem alten Gut mit einer schönen Frau und sieben Kindern lebt und so dargestellt wird, dass viele Bürger sagen: Ist ja faszinierend, dieser Lebensstil! Es wird überhaupt nichts Radikales deutlich! - Früher wäre man gar nicht auf die Idee gekommen, bei jemandem, der kein Amt, keine Funktion hat, Homestorys zu machen. Internationale Reporter kommen dorthin, und dadurch wird das erst populär. Vielleicht haben sogar die Rechten, die Bücher schreiben wie „Mit Linken leben“ eher recht als dieses Mit-Rechten-zwanghaft-reden-zu-wollen. Das kann nämlich nach hinten losgehen, und man muss wissen, warum und wozu. Bei allem Respekt vor dem, was Sie erreicht haben, was auch richtig war in dem Fall, aber ich glaube: Es wird manchmal übertrieben mit diesem Drang zur Kommunikation.

Frank Richter: Die moderativen Angebote, die wir vorgehalten haben und die abgerufen worden sind – ich sage es jetzt gleich doppelt –, sind nur dann zum Zuge gekommen, wenn sie abgerufen worden sind. Das heißt, ich habe – um in Ihrem Bild zu bleiben – keinen Hausbesuch bei Herrn Kubitschek gemacht, sondern wir sind immer nur dann hingegangen, wenn ein Bürgermeister, ein Landrat, ein Vereinsvorsitzender – manchmal war es auch der Superintendent - gesagt hat: Hier in diesem Ort

gibt es ein Problem. Und hier in diesem Ort gibt es Gesprächsbedarf. Wir kriegen es hier alleine nicht gut hin. Können Sie kommen und diesen Prozess moderieren? – Anlassbezogen, zeitlich begrenzt, ergebnissichernd und nachhaltig, also immer mit einem Zeitfenster. Ich habe mich eigentlich nie auf eine Veranstaltung eingelassen, das sind meist Schaufensterveranstaltungen. Ich habe mir eine Faustregel angewöhnt: Sechs, sieben Veranstaltungen genügen, und dann kann es auch gut sein, dass man sozusagen eine emotional stark aufgeladene, mit einer bestimmten Problematik nicht zurecht kommende Kommune – 20 000 Einwohner, wo sich dann viele beteiligen – in wichtigen Sachfragen informiert und auch befriedet.

Und es gibt keine inhaltlose Moderation. Der Moderator weiß immer, dass er sukzessive und implizit und en passant politische Bildungsinhalte vermittelt. Es ist auch ein Prozess des Learnings by doing. Wenn es halt nur so geht, warum soll man es dann nicht machen? Aber immer nur auf Anfrage. Das ist in meinem Vortrag vielleicht etwas weggerutscht. Manchmal gingen die Anfragen auch schief. Das ist auch eine meiner Thesen. Kommunikation kann schiefgehen, Nichtkommunikation wird schiefgehen; wir dürfen auch mal Fehler machen. Das kann auch mal richtig danebengehen, wenn alle Beteiligten, aus welchen Gründen auch immer, es an dem Tag nicht schaffen. Dann muss man eben in 14 Tagen noch mal ran. Also da kann man auch eine gewisse Entspannung reinbringen. Und da ist die Rolle eines politischen Bildners möglicherweise auch sehr wohl zu unterscheiden von der Rolle eines Politikers, der ja immer auch in der politischen Auseinandersetzung steht.

Um es nicht zu theoretisch zu machen: Woher bezieht der Bürger seine politische Meinung oder sein politisches Verständnis? So lautete eine Frage. Ich habe lange Zeit übersehen, dass der Kontakt des Normalbürgers viel häufiger stattfindet – nicht mit DER Politik; wer ist denn DIE Politik? -, sondern mit der Verwaltung. Und viele identifizieren fälschlicherweise Verwaltungshandeln mit politischen Positionierungen. Und wenn sie verwaltungstechnisch oder verwaltungspraktisch von oben herab behandelt werden – das ist nach der Frage nach den vielen Flüchtlingen, die in unser Land kommen, fast die zweithäufigste Problemanzeige gewesen – wir kommen mit diesen Verwaltungen nicht zurecht, die lassen uns stehen, die hören uns gar nicht zu; ich kriege Briefe, die ich nicht verstehe; das ist uns allen möglicherweise schon mal passiert, dass man von irgendwelchen Verwaltungen Briefe bekommen hat, die in einer Sprache geschrieben sind, dass man sie nicht versteht - und wenn dann auch in ausgedünnten Regionen an den sozialen und geografischen Peripherien unseres Landes Staat gar nicht mehr vorkommt, dann fühlen sich die Bürger nicht verstanden. Der Kollege von mir in Mecklenburg-Vorpommern hat für dieses Bundesland von demokratie- und staatsentleerten Zonen gesprochen.

Ich habe mir einmal Jamel angeschaut. Das ist ein Kristallisationspunkt einer staats- und demokratieentleerten Zone. Und dann Verwaltungshandeln? Ja, dann entstehen krude diffuse politische Vorstellungen, die dann von den Falschen abgeholt werden.

Ich habe jahrelang Wahl-O-Mat gemacht, habe ihn noch selber gemacht. Das war nicht das schlechteste Instrument, das die deutsche politische Bildung der Bevölkerung vorlegt, um eine qualifizierte politische Meinungsbildung – sogar auf spielerische Weise - zu bekommen. Wir haben das auch gemessen. Die Nutzerzahlen sind gar nicht schlecht, aber die Verweildauer nimmt immer weiter ab. Das heißt, die können sich intensiv mit politischen Sachfragen beschäftigen, das Kleingedruckte lesen, bevor sie da anklicken – Ja oder Nein. Das nimmt ab.

Wahlentscheidungen fallen bekanntlich – das habe ich einmal gelernt – aus drei Gründen: Erstens schaut man nach Sachfragen. Zweitens schaut man nach Personen, drittens schaut man nach traditionellen Bindungen, und viertens wählt man taktisch, weil man ja weiß, dass die danach Koalitionen bilden. Das sind die vier Gründe, aus denen sich eine Wahlentscheidung zusammensetzt. Und das Momentum der Sachfrage spielt offenbar bei immer mehr Bürgern eine immer geringere Rolle. Personen werden immer wichtiger.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Ob die Koalitionen bilden, weiß man ja mittlerweile auch nicht mehr so genau.

Im Übrigen hat der große Helmut Schmidt einmal Heiterkeitsstürme im Deutschen Bundestag provoziert, als er seine Stromrechnung am Rednerpult vorlas und dem Bundestag beibrachte, dass man mit den Bürgern so nicht umgehen könne, weil man solche Stromrechnungen nicht kapiert. Und Verwaltungshandeln, das nicht kapiert ist, ist undemokratisch. – Es ist also alles nicht so neu, wie übrigens auch – ich bleibe noch einmal dabei -: Was wir gehört haben, sind Phänomene zugespitzter Natur, die aber den Finger auf prinzipielle Probleme und Versäumnisse der politischen Kommunikation legen, die nicht überall so toll und so schlimm sind wie in Sachsen, aber die Frage der ehrlichen Offenheit des Diskurses betreffen, die Frage der nicht prinzipiell opportunitätsgesteuerten Ansprache der Öffentlichkeit und ähnliche Dinge mehr, die Frage der Ehrlichkeit des Diskurses, der die Ränder nicht stärkt, sondern sie eher bezähmt, die Frage der Notwendigkeit des Gesprächs mit den Bürgern. - Ich habe den Fahrlehrer Leichsenring in Sachsen kennen gelernt. Ich habe mit vielen CDU-Abgeordneten damals geredet – ich war von 1990 bis 1993 da -, habe versucht, denen beizubringen: Was ihr machen müsst, ist, mit den jungen Leuten reden – was der Leichsenring macht. – „Wir sollen mit Leuten reden?“ – Also ein tieferes Missverständnis des Abgeordnetenberufs, des kommunikativen, habe ich nie erlebt als das, und bin zutiefst betroffen.

Wissen Sie, was das Erste war, was wir 1990 gemacht haben, als es noch gar keine richtige Fakultät gab? Wir haben in Sonderprogrammen an der TU Dresden Ethiklehrer ausgebildet. Ich habe mit Dynamik und Bewusstsein Politikwissenschaftsangebote und Zeitgeschichtsangebote implementiert, bevor es die Fakultäten gab, um auf dieses Bildungssystem einzuwirken und die kulturellen und die ethischen Befindlichkeiten und die politischen umzuprogrammieren. Es war über weite Strecken vergeblich, wobei ich jetzt nicht behaupten will, dass es bei uns so wesentlich besser ist. Also die politische Bildung im westlichen Lande steht auch nicht gerade auf Spitzenniveau, und manchmal – das sage ich als ehemaliger Direktor einer Akademie für politische Bildung – habe ich den Eindruck gehabt: Wir sind schon dann erfolgreich, wenn wir die Minderheit derer stabilisieren, die noch politisch informiert und bereit sind, dieses System zu verstehen, ernst zu nehmen und daran zu partizipieren. Aber ausdehnen und verbreiten – da bin ich zunehmend skeptisch geworden. Aber das ist eine Kommunikationsaufgabe und ich habe bei Anhörungen im Sächsischen Landtag – verzeihen Sie, dass ich das sage – erlebt, dass die Abgeordneten der NPD besser informiert waren als die Abgeordneten der etablierten Parteien. Da sind einige Versäumnisse zu sehen, die selbstverschuldet sind.

Es ist 21.05 Uhr, und ich habe jetzt vielleicht Zorn auf mein Haupt geladen, weil ich so pointiert war. Ich bedanke mich herzlich, wir bedanken uns herzlich bei Ihnen für den Einblick in die sächsische

Seele, und ich hoffe, der Lernprozess, dass die sächsische Seele so vereinzelt in der Bundesrepublik nicht ist, wird sich noch verbreitern, wenn wir den Saal verlassen haben.

Alles Gute! Vielen Dank.

(Beifall)